

Beratungsergebnis

der 53. öffentlichen Sitzung des Rates am 13.09.2019

6. **Resolution „Sicherer Hafen Gütersloh“**
1. SPD-Antrag vom 04.07.2019
2. Schreiben der Evangelischen Kirchengemeinde Gütersloh vom 05.07.2019
-DS-NR.: 258/2019-

Herr Richter (SPD) begründet den Antrag seiner Fraktion und verweist auf die Ausführungen im eigentlichen Antrag.

Die Ursachen der Flucht seien nicht in Gütersloh zu suchen und auch nicht von Gütersloh zu lösen. Die Gründe für Fluchtursachen seien vielschichtig. Unter Lebensgefahr gingen die Personen auf die Boote, um der Situation im Herkunftsland zu entfliehen. Die Verweigerung einer Aufnahme sei mit der Menschenwürde nicht vereinbar.

Gütersloh sei eine weltoffene Stadt, dabei fühle man sich Begriffen wie Solidarität verpflichtet. Diese Verpflichtung werde auch von der evangelischen Kirche und vielen Menschen in Gütersloh geteilt. Bislang seien 90 Kommunen diesem Bündnis beigetreten. Gütersloh sollte auch einen entsprechenden Beitrag leisten.

Herr Kollmeyer (CDU) merkt an, dass Gütersloh bereits ein sicherer Hafen sei. Dafür müsse man keinem Bündnis beitreten. Es werde bereits heute vorbildliche Flüchtlingsarbeit in Gütersloh geleistet. Seine Fraktion sei nicht unmenschlich und unbarmherzig, weil man den Antrag ablehne. Es sei ohne Frage unerträglich, was sich auf dem Mittelmeer abspiele. Der sog. Königsteiner Verteilungsschlüssel habe sich bewährt. Ein zusätzliches Kontingent wäre eine organisatorische Herausforderung für die Verwaltung, aber auch für die Stadtgesellschaft. Es gebe auch kritische Stimmen in der Bevölkerung. Man dürfe die Angst und Sorge der hier Lebenden nicht außer Acht lassen. Jeder könne für sich entscheiden, was er tue. Jeder, auch die evangelische Kirche, habe entsprechende Möglichkeiten. Man müsse nicht mehr tun als, wenn man schon viel tun würde. Er verweist auf die Initiative „NesT“, Neustart im Team, die am Bürgertag von der Bertelsmann-Stiftung vorgestellt worden sei.

Frau Niemann-Hollatz (GRÜNE) vertritt die Auffassung, dass die Stadt Gütersloh die notwendigen Ressourcen besitze, über den Schlüssel hinaus geflüchtete Menschen aufzunehmen. Menschen würden auf dem Weg nach Europa sterben. Es sei unerträglich, dass Schiffen, die diese Menschen retten würden, das Anlegen in Häfen verwehrt werde. Mit dem Beitritt setze man ein wichtiges Signal und leiste einen Beitrag zu einem menschlichen Umgang mit geflüchteten Personen, zumal eine europäische Lösung nicht in Sicht sei. Man müsse der Krise der Solidargemeinschaft entgegentreten und mehr Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen.

Herr Fuhrmann (fraktionslos) befürwortet den Antrag. Es sei eine humanitäre Pflicht, seinen Beitrag zu leisten. Man müsse diese Aufgaben europäisch lösen.

Herr Müller (BfGT) lobt die Arbeit der Verwaltung und der Ehrenamtlichen in diesem Bereich. Unter allen Aspekten müsse man aufgrund der Menschlichkeit zustimmen.

Herr Kalley (UWG) geht davon aus, dass es schwierig werde, eine gesamteuropäische Lösung zu finden. Die Meinungen seien zu unterschiedlich. Letztendlich seien wir alle Schuld, wenn die Menschen fliehen würden. Wir müssten unseren Wohlstand runterfahren, weniger Ressourcen verbrauchen.

Frau Wessel (LINKE) geht darauf ein, dass auch ihre Fraktion den Antrag unterstütze. Sie gibt zu bedenken, dass der Löwenanteil der Flüchtlinge in den Nachbarländern bleibe. Mit unserem exzessiven Konsumverhalten würden wir dazu beitragen, die natürlichen Ressourcen abzubauen.

BM Schulz führt aus, dass er gegen den Antrag stimmen werde, weil seiner Meinung nach diese Hilfen im bestehenden System möglich seien. Er kritisiert, dass der Umgang mit dem Thema polarisiert werde. Die Stadt Gütersloh habe es vorbildlich hinbekommen, im Zusammenwirken zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung die Aufnahme der Flüchtlinge zu bewältigen. Er habe überhaupt kein Problem damit, wenn unser Land mehr leiste und die Bundesregierung zusätzlich Boatpeople aufnehme und diese im bestehenden System verteile. Man werde für darüber hinaus aufgenommene Flüchtlinge keine Erstattung erhalten. Es wäre nicht klug, bei all den anstehenden Integrationsleistungen auf die finanziellen Zuweisungen von Bund und Land zu verzichten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gütersloh beschließt:

1. Die Stadt Gütersloh erklärt sich zum „Sicheren Hafen“.
2. Die Stadt Gütersloh erklärt sich dadurch bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Die Aufnahme bezieht sich insbesondere auf die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland NRW hergestellt.
3. Die Stadt Gütersloh stellt die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung – insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung – für die Ankommenden zur Verfügung.
4. Die Stadt Gütersloh spricht sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer aus und erklärt sich mit der zivilen Seenotrettung solidarisch.
5. Die Stadt Gütersloh tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und bekennt sich zu den Zielen der „Potsdamer Erklärung“.
6. Die Stadt Gütersloh beteiligt sich darüber hinaus an der Gründung eines Bündnisses aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.

Ergebnis:

Beschlossen mit

25 Ja-Stimmen (14 SPD, 4 GRÜNE, 5 BfGT, 1 LINKE, RM Fuhrmann)

22 Nein-Stimmen (19 CDU, 2 UWG, BM)

1 Stimmenthaltung (GRÜNE)

(Herr Münstermann (CDU) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)